



Postulat Estermann Rahel und Mit. über die Ausrufung des Klimanotstandes

Eröffnet am 25.03.2019

Der Regierungsrat wird aufgefordert, den Klimanotstand auszurufen und damit:

- die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität zu behandeln;
- die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften zu berücksichtigen und jene Geschäfte prioritär zu behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen;
- sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu orientieren, insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen;
- die Bevölkerung des Kantons umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren;
- in einem Bericht dem Kantonsrat konkrete Massnahmen und deren Finanzierung im Rahmen der kantonalen Zuständigkeit vorzuschlagen, mit welchen er den Klimawandel und dessen Folgen eindämmen kann.

Am Samstag, 2. Februar 2019, wie auch am Freitag, 15. März 2019, gingen in Luzern jeweils über 2'000 Schüler*innen gemeinsam mit engagierten Erwachsenen auf die Strasse. Sie forderten und werden auch an künftigen Aktionen fordern, dass Parlament und Regierung sofort effektiv und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann.

In der Stadt Luzern haben zudem über 1'000 Menschen dieselben Forderungen mittels einer Petition an den Stadtrat und Grossen Stadtrat gestellt: Die Klimakrise soll als echte Krise behandelt werden und die Stadt Luzern soll bis 2030 Netto Null Treibhausgasemissionen erzeugen.

Die Schüler*innen und über 1'000 Petitionär*innen sprechen aus, was vielen schon lange bewusst ist: Die Zeit drängt! Laut IPCC-Bericht¹ haben wir nur noch 11 Jahre Zeit, um den Klimawandel zu bekämpfen und das Ziel von maximal 1.5 Grad Erderwärmung einzuhalten. Schaffen wir das nicht, droht die Klimakatastrophe: Extremwetter, Wirtschaftskrisen und Millionen von Menschen, deren Zuhause unbewohnbar wird. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird die Klimakatastrophe zu spüren sein: Unsere Gletscher werden weiter schmelzen, Extremwetter unsere Landwirtschaftserträge gefährden und zahlreiche Tierarten durch die Erhitzung vom Aussterben bedroht sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

¹ https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf (10.3.19)

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist². Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren³.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene können Massnahmen ergriffen werden, um der drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Der Kanton Luzern soll seinen Teil dazu beitragen. Basel-Stadt hat eine dieser Motion sehr ähnliche Resolution bereits gutgeheissen und den Klimanotstand ausgerufen⁴, genauso wie die Städte London und Vancouver.

Estermann Rahel

² IPCC AR4, Kapitel 2.3.1 Atmospheric Carbon Dioxide <https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/ar4-wg1-chapter2-1.pdf> (10.3.19)

³ https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf (10.3.19)

⁴ <https://www.nzz.ch/schweiz/schuelerstreik-zeigt-wirkung-basel-ruft-klimanotstand-aus-ld.1461370>